Central-Volksblatt

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und kostet vierteljährlich durch Boten oder die Post bezogen 2.6 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.9 M.

für den Regierungsbezirk Arnsberg

mit den Gratis-Beilagen „Sonntagsblumen" und „Der Gemeinnützige".

Anzeigen werden spätestens bis 9 Uhr machm. in Arnsberg, größere mögl. früh erbeten. Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum kostet 20 Pfg., Reklamen im Textteile die Zeile 50 Pfg.

Fernsprecher: Arnsberg Nr. 44, Werl Nr. 278

Hauptverbreitungsbezirk: Die Kreise Arnsberg, Soest, Lippstadt, Meschede, Brilon, Olpe, Altena, Iserlohn und Hamm.

Postscheck-Konto: Cöln Nr. 33 446.

Telegr.-Adr.: Pöpperling.

Nr. 275. Arnsberg und Werl, Mittwoch den 27. November 1918. 63. Jahrgang

Die Scherben des Reiches.

Eine Epoche im Leben der Völker von überwältigender Tragik ist es, die Wilhelm Jensen in seinem übrigens von katholikenfeindlicher Tendenz stark durchwehten großen Zeitroman „Am Ausgang des Reiches" in glühenden Farben schildert. Wir sehen dort, wie vor mehr als 100 Jahren das alte deutsche Reich, entnervt durch französische Ueberkultur, erstickend im Moder selbstverschuldeten Verderbens mit Riesenschritten dem Untergange zueilt, um dann schließlich vom westlichen Nachbarn in Scherben zerschlagen zu werden und für einige Zeit in das Nichts zu versinken.

Heute vollzieht sich am neuen deutschen Reiche ein ähnliches Geschick. Auch heute kommt die Vollstreckung aus dem Westen, und auch diesmal ist es eigene Schuld, die das Verhängnis auf uns gezogen hat. Wir wollen es auf eine spätere Zeit verschieben, die letzte Behauptung zu begründen. Heute muß unsere ganze Aufmerksamkeit den Tatsachen bezw. den Folgen gelten; alles andere ist vorläufig Nebensache.

Wir haben bereits in unserer gestrigen Nummer gezeigt, wie durch weite Teile des von einer kleinen Gruppe von Leuten tyrannisierten Reichs das Bestreben geht, sich von Berlin loszutrennen und sich als unabhängige Bundesstaaten zu etablieren. Deutschland hat es herzlich satt, sich von einigen schnodrigen Berlinern an der Nase herumführen zu lassen. Die Teerjacken an der Waaterkant, die Hannoveraner, die Rheinländer, Westfalen, Hessen, Bayern, Württemberger, Badenser u. a. bedanken sich für eine solche Behandlung. Wenn es so weiter geht, dann wird das Reich auseinanderfallen! Und mitten zwischen den Scherben wird Spree-Athen in später Zerknirschung sitzen, um sich und „des heiligen römischen Reiches Streusandbüchse" selbst zu regieren. Mag mancher denken, bis dahin ist's noch weit; wo böse Buben mit Steinen um sich werfen und unvorsichtige Leute mit Knüppeln blindlings um sich hauen, gibt's Scherben. Da geht kein Weg dran vorbei. Und böse Buben haben wir nicht nur im Innern, sie stehen auch draußen an unseren Grenzen; und mit ihnen arbeiten jene Hand in Hand.

Es ist ein Jammer, zu sehen, wie das einst so stolze, das unüberwindliche Deutschland jetzt mit einem Schlage zusammenbricht. Wie ist es möglich, daß die stärkste Macht der Welt im Laufe einiger Monate mit katastrophaler Schnelligkeit hat herabgestürzt werden können von der Höhe des Triumphs und Sieges in eine Niederlage, die an Ohnmacht grenzt? fragt der schwedische Forscher Sven Hedin. Und er fragt weiter:

Ist Deutschland im Feld besiegt worden? Nein, in keiner Weise. Die Uebermacht ist gewiß erdrückend. Jedem Deutschen stehen siebzehn Mann aus allen Völkern der Welt in den Farben aller Rassen gegenüber. Die deutschen Heere haben vier Jahre hindurch gesiegt und bilden noch heute eine ungebrochene, wenn auch sich zurückschiebende Feuer- und Eisenmauer. Und gleichwohl hat die Niederlage, die tragischste Katastrophe der Weltgeschichte, nämlich der Zusammenbruch des Germanentums, dieses stolze und starke Volk getroffen. Kein Stamm auf Erden, keine Nation unter den größten der Welt hat vermocht, Deutschlands Kraft zu zerbrechen. Nicht einmal dieser Verband, der von vier Fünfteln der Menschheit gebildet wurde, war imstande, das mächtige Kaiserreich auf die Knie zu zwingen. Es gab nur eine Macht, die stark genug war, Deutschlands Widerstandskraft zu vernichten, und das war **das deutsche Volk selbst.** Darin liegt das Tragische in Deutschlands Geschick.

Es ist heute, wie wir oben schon sagten, nicht die Zeit, um sich in selbstquälerische Betrachtungen über die Begründung dieser Feststellung zu vertiefen. Wie das weltbeherrschende Rom einst durch den Schreckensruf: „Hannibal ante portas" erschüttert wurde, so beherrscht heute das ganze deutsche Volk die begründete Furcht, daß ein erbitterter, rachedürstender Feind sich unter fadenscheinigem Vorwand anschickt, in die deutschen Gaue einzufallen und das Reich in Scherben schlagen zu helfen. Wir brauchen uns gar keiner Täuschung hinzugeben über die letzten Absichten der Franzosen. Es steht fest, „daß, wenn nicht noch im letzten Augenblick die Waffenstillstandsbedingungen geändert werden, eine **Katastrophe von ungeheurem Ausmaße vom** deutschen Volke leider nicht ferngehalten werden kann." So wurde uns schon am Sonntag von einer Berliner Nachrichtenstelle mitgeteilt, die dazu von der Waffenstillstandskommission ersucht worden war. Zu dieser drohenden Katastrophe liefern die Wirren im Innern, die entsetzlich näher rückende Hungersnot und der fanatische Rachedurst unserer Gegner ihre Beiträge. Das deutsche Volk hat sich, bereits von allzu vertrauensseligen Leuten, um größeres Unheil zu verhüten, selbst entmannt. Und was hat es damit erreicht? Jetzt, wo wir wehrlos sind, schickt sich der französische Tiger in bis zur Perversität gesteigertem Haß zum Sprunge an, um seinen Blutdurst zu stillen. Wilson scheint nicht in der Lage oder nicht Willens zu sein, die französische Bestialität auch nur um ein Geringes zurückzuhalten. Die Franzosen, die von den deutschen Armeen mit Leichtigkeit zertrümmert worden wären, wenn England und Amerika ihnen nicht beigesprungen wären, wühlen sich in ganzlich unberechtigtem Siegestaumel in einen blutdürstigen Rausch hinein, den sie, das bezweifeln wir gar nicht, wenn sie ihrem eigenen Willen folgen dürfen, ohne Gewissensskrupel in die Tat umsetzen werden. Wir sind nicht in der Lage, uns wehren zu können. Der General Foch und seine Helfershelfer können ihrer Rache freien Lauf lassen. Sie können die zurückflutenden deutschen Armeen in furchtbare Katastrophen hineinhetzen, sie können es erzwingen, daß tausende und zehntausende tapferer Männer vor Hunger und Uebermüdung am Wege umkommen. Sie können, was sie wollen und sie scheinen zu wollen, daß Deutschland, über das sie zu triumphieren glauben, ausgerottet werde. Sie wollen seine Frauen und Kinder töten, wollen sie der notdürftigsten Nahrung berauben, wollen das ganze Staatsgebilde in ein gärendes Chaos verwandeln. Sie scheinen keinen Augenblick zu fürchten, daß aus solcher Drachensaat früher oder später eine entsetzliche Ernte aufgehen muß. Die Brutalität, mit der Frankreich heute sein tausendfaches Todesurteil zu vollstrecken sich erdreistet, wird und muß im deutschen Volke, in den Kindern und Kindeskindern dieser Generation einen einzigen Schrei nach Vergeltung auslösen. Solche Schmach, solche Versteinerung jeglichen Gefühls werden wir nie vergessen. Der Präsident Wilson wird sich nicht wundern können, wenn seine Erwartungen, daß dieser Krieg der letzte sein würde, und daß er in einer allgemeinen Aussöhnung der Völker enden könnte, in keiner Weise in Erfüllung gehen.

Eine ganze Welt sieht zu, wie ein großes Volk gleich einer Herde von Tieren in das Verderben hineingetrieben wird. Dennoch bleibt uns eine Hoffnung: das Chaos, in das Deutschland gestürzt werden soll, wird zu einer Ansteckungsgefahr sondergleichen sich entwickeln. Die Anarchie, die man uns bescheren will, wird an unseren Grenzen nicht Halt machen; sie wird zurückschlagen auf die, die sie uns zugedacht haben. Noch ist nicht aller Tage Ende, noch blieb es dabei, daß die Weltgeschichte das Weltgericht ist. Das aber, was die Franzosen uns in diesen Tagen zufügen, verlangt vor Gott und den Menschen harte Strafe. Heute sind wir wehrlos, aber morgen wird aus den Scherben des Reiches ein neues Vaterland aufblühen, aus den Trümmern des deutschen Volkes ein Rächer erstehen.

Sensationelle Enthüllungen.

!! **München,** 26. Nov. Amtlich wird gemeldet, daß die soeben beginnende Veröffentlichung der Gesandtschaftsberichte des früheren bayrischen diplomatischen Vertreters am Berliner Hofe sensationelle Enthüllungen über den Ursprung des Krieges ergibt. Es wird nachgewiesen, daß Berlin seine Zustimmung zu den schroffen Forderungen Wiens bei der Belgrader Regierung formell gegeben hat, also keine Rede davon sein kann, daß man in Berlin überrascht gewesen sei. Man war sogar in Berlin davon überzeugt, daß Serbien solche Forderungen unmöglich erfüllen und daß es also zum Kriege kommen würde. Die Berliner Regierung war „durchaus damit einverstanden, daß Oesterreich die günstige Stunde nützt, selbst auf die Gefahr weiterer Verwickelungen hin." Graf Lerchenfeld schreibt in diesem vom 18. Juli 1914 stammenden Bericht weiter:

„Man ist also hier der Ansicht, daß es für Oesterreich sich um eine Schicksalsstunde handle, und aus diesem Grunde hat man hier, auf eine Anfrage aus Wien, ohne Zögern erklärt, daß man mit jedem Vorgehen, zu dem man sich dort entschließe, einverstanden sei, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland hin. Die Reichsleitung werde, „mit dem Hinweis darauf, daß der Kaiser auf der Nordlandsreise und der Chef des Großen Generalstabes sowie der preußische Kriegsminister in Urlaub seient behaupten, durch die Aktion Oesterreichs genau so überrascht worden zu sein, wie die anderen Mächte."

In einem Telephonat der Berliner bayerischen Gesandtschaft vom 31. Juli 1914 früh wird die Ueberzeugung ausgesprochen: „daß die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden." Am gleichen Tage wurde nach München von der bayerischen Gesandtschaft das folgende Stimmungsbild telephoniert:

„Es laufen zurzeit zwei Ultimata: Petersburg 12 Stunden, Paris 18 Stunden. Petersburg Anfrage nach Grund der Mobilisierung, Paris Anfrage, ob neutral bleibt. Beide werden selbstverständlich ablehnend beantwortet werden. Mobilisierung spätestens Samstag den 1. August um Mitternacht. Preußischer Generalstab sieht Krieg mit Frankreich mit großer Zuversicht entgegen, rechnet damit, Frankreich in vier Wochen niederwerfen zu können: Im französischen Heer kein guter Geist, wenig Steilfeuergeschütze und schlechteres Gewehr."

Der Wiener Korrespondent der „B. Ztg." meldet: Zu den Enthüllungen der bayrischen Regierung wird erklärt, daß von Bethmann Hollweg, v. Jagow und Zimmermann formell guten Glaubens waren, als sie versicherten, das Ultimatum an Serbien nicht gekannt zu haben. Der Wortlaut dieses Ultimatums ist nach dieser Darstellung in Wien ohne jede deutsche Mitwirkung aufgesetzt und allerdings zweimal vierundzwanzig Stunden vor seiner Ueberreichung in Belgrad der deutschen Botschaft in Wien ausgehändigt worden. Der Botschafter v. Tschirschky ließ diesen Wortlaut aber erst am folgenden Tage chiffriert per Bahn durch einen Leibjäger nach Berlin bringen, wo er dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und der deutschen Regierung somit fast zur selben Stunde bekannt wurde, wie der serbischen Regierung in Belgrad. Auf dem Drahtwege ist der Wortlaut nicht nach Berlin weitergegeben worden. Trotzdem sind aber von Jagow und Zimmermann über den eigentlichen Wortlaut des Ultimatums, weil es keine Möglichkeit des Entlenkens zuließ, aufs peinlichste überrascht gewesen, und haben dem Grafen Berchthold gegenüber daraus kein Geheimnis gemacht. Der Name des eigentlichen Urhebers wird vielleicht eine kleine Ueberraschung werden. Der neue deutschösterreichische Gesandte in Berlin Dr. Ludo Hartmann hat unter Dr. Viktor Adler und Dr. Bauer bereits das Archiv der Kriegszeit gründlich überprüft und zweifellos den Eindruck gewonnen, daß von Berlin aus stark und immer stärker gebremst wurde, um das Weltunglück aufzuhalten. Hartmann wird die von ihm ausgewählten Dokumente alsbald veröffentlichen. Sie werden zeigen, wo die Hauptschuld lag. Hötzendorff wurde so einseitig informiert, daß er erklärte, nicht mobilisieren zu lassen, weil Serbien doch nachgeben würde.

Unser Ostheer in Bedrängnis.

Eine Abordnung des Soldatenrats der 10. Armee hat am Sonntag mit der Berliner Regierung verhandelt und ihr die Bedrängnis dargelegt, in die unser noch etwa eine halbe Million Soldaten umfassendes Ostheer gelangt ist. Das große Gebiet, das im Osten besetzt ist, soll möglichst bald geräumt werden, aber es stehen der 10. Armee z. B. nur 600 Waggons zur Verfügung, die gleichzeitig der Verpflegung der Städte dienen müssen. Die wenigen Straßen sind in dem bekannten trostlosen Zustand, der durch den Schneeschlamm noch verschärft ist. Die Truppen müssen endlose Strecken zu Fuß marschieren, um die wenigen Eisenbahnknotenpunkte zu erreichen, wobei der arge Kräfteverfall der Pferde, die den ganzen Sommer hindurch nicht ein Korn Hafer erhielten, noch erschwerend mitwirkt. Dazu kommen noch Bandenüberfälle auf wochenlangen Märschen. Die größte Gefahr aber bedeuten die Massenansammlungen russischer Kriegsgefangener, die die genannten Eisenbahnknotenpunkte belagern und für die weder Unterkünfte, noch Lebensmittel vorhanden sind, sodaß es schon wiederholt zu Plünderungen der Proviantämter gekommen ist. Die jetzt zu Zehntausenden wegen mangelnder Bewachungen nach Rußland heimgeschickten Kriegsgefangenen versperren unseren Truppen den Weg. Wohl hat die deutsche Regierung einen Funkspruch an die russische Regierung entsandt, damit diese Eisenbahnmaterial zum Abtransport dieser Massen und Lebensmittel zur Verfügung stelle. Aber es ist wenig Hoffnung vorhanden, daß Rußland selbst über solche Mittel verfügt, und so werden diese verzweifelten, hungernden und frierenden Gefangenenscharen für das Land und für unsere Truppen zu einer Gefahr. Die Soldatenräte der 10. Armee bitten daher dringend ihre Kameraden in der Heimat, daß kein Wachtmann seinen Posten in den Gefangenenlagern verlasse.

Selbständigkeitsbestrebungen in Hannover.

Die Deutsch-Hannoversche Partei hat in Hunderttausenden von Exemplaren in ganz Hannover einen Aufruf betr. Loslösung der Provinz Hannover von Preußen verteilt und öffentlich angeschlagen. Er sagt u. a.:

Zwei Fragen von alles überragender Bedeutung beschäftigen jeden Hannoveraner:

1. Soll Deutschland eine von Berlin aus regierte einheitliche Republik werden, oder soll Deutschland seiner Natur gemäß und seiner geschichtlichen Entwicklung entsprechend als ein Bundesstaat organisiert bleiben?

2. Soll unser Hannoverland wieder ein freier gleichberechtigter Bundesstaat werden oder soll es weiter von der Berliner Zentrale der Einheitsrepublik vergewaltigt werden?

In der ganzen Welt erkennt man das Recht der Völker auf Selbständigkeit an. In Deutschland aber will das rote Berlin die Selbständigkeit der deutschen Stämme und damit die Grundlage der rechten Mannigfaltigkeit des deutschen Volkslebens zugunsten einer unverständlichen mechanischen Gleichmacherei beseitigen. Niemand denkt an Beseitigung der notwendigen Einheit auf dem Gebiete z. B. des Handels und Verkehrs, der Verteidigung, an die Beseitigung der modernen Errungenschaften zum Schutze der Arbeiter und Handwerker u. dgl., im Gegenteil, wir wollen sie erhalten und ausbauen. Aber in allen Fragen, die das kulturelle Leben der verschiedenen deutschen Stämme berühren, verlangen wir sorgsamste Berücksichtigung der deutschen Stammesart. Darum auch erheben wir den schärfsten Protest gegen die ungekündigten Maßnahmen des von fanatischem Haß gegen das Christentum getriebenen preußischen Kultusministers, des bekannten Adolf Hoffmann. Wir wollen die höchsten Kulturgüter des deutschen Volkes nicht dem in der ganzen Welt verhaßten oberflächlichen Berliner Preußentum preis gegeben wissen. Wir rufen alle Hannoveraner auf die Schanzen, alle, ohne Unterschied der Partei, unter Zurückstellung aller weniger wichtigen Meinungsverschiedenheiten, mit uns als Willen des hannoverschen Volkes zu bekunden:

1. Wir wollen ein freies Deutschland, in dem jeder deutsche Stamm seiner geschichtlichen Entwicklung gemäß Freiheit und Gleichberechtigung genießt.

2. Wir wollen los von Berlin, los von Preußen. Wir wollen ein selbständiges Hannover.

Wer Hannover liebt und niedersächsischen Freiheitsstolz empfindet, der lege mit Hand ans Werk, der sende uns seine Zustimmung.

(Es folgen die Unterschriften von Tausenden Hannoveranern.)

Weitere Proteste.

WTB **Bremen,** 24. Nov. Eine von 107 stimmberechtigten Delegierten der S.- A.- und Bauernräte Nordwestdeutschlands besuchte Versammlung, die heute in Bremen tagte, um vor allen Dingen zur Frage der Nationalversammlung Stellung zu nehmen, sprach sich mit 81 gegen 20 Stimmen prinzipiell für eine Nationalversammlung aus. Es wurde dann mit großer Mehrheit eine Entschließung angenommen, nach der sich die Versammlung auf den Standpunkt der sozialen Republik stellt, nach Abschluß der Demobilisierung baldmöglichst die Nationalversammlung gefordert und für die Zwischenzeit ein Provisorium in der Regierung verlangt wird, über das ein allgemeiner Delegiertentag Deutschlands und Deutsch-Oesterreich entscheiden soll.

WTB **Hannover,** 24. Nov. Gelegentlich der gestrigen Versammlung der A.- und S.-Räte aus dem Bereich des 10. Armeekorps wurde nachstehende Resolution mit überwältigender Mehrheit (140 gegen 4 Stimmen) angenommen:

Die zur Tagung der A.- und S.-Räte im Bereich des 10. Armeekorps am 23. 11. 18 in Hannover versammelten Delegierten erklären die auf Einführung einer Diktatur im Reiche abzielenden Bestrebungen **als eine schwere Gefahr für die Zukunft der** nationalen wie auch der internationalen Hoffnungen und Pläne der A.- und S.-Räte. Jede blinde oder rohe Machtpolitik ist über kurz oder lang dem Zusammenbruch verfallen, genau **wie** die Macht der Hohenzollern. Im Gedanken der Proportzionalwahlen, die wir erstreben, ist zugleich der Gedanke niedergelegt, daß allen Schichten des Volkes die Möglichkeit zur Mitberatung und Mitbestimmung gewährt werden soll. Sobald die Beteiligung der noch zu entlassenden, sowie der wahlberechtigten aktiven Sol-